

Schied will Lohnausgleich sabotieren!

SPD-Presse gibt das Stichwort / Falscher des „Vorwärts“ und der Bourgeoispre

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, plant das Schied-Kabinett den, im Landtag mit großer Mehrheit angenommenen kommunistischen Antrag auf „Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in den dem öffentlichen Staat unterliegenden Betrieben“ mit genau derselben Begründung zu sabotieren, wie seinerzeit die Winter-Beihilfsbeschlüsse und Arbeitsbeschaffungsanträge des Landtages. Das Stichwort hierzu gibt hier wiederum die SPD-Presse, indem sie durch den Vorwärts zwar über die Annahme des Antrages berichtet, dabei jedoch die entscheidende kommunistische Forderung auf vollen Lohnausgleich unterschlägt, die mit großer Mehrheit angenommen worden war. Doch es ist hierbei um ein abgeartetes Komplotz mit der bürgerlichen Presse handelt, dem weit über die Tatkraft, daß seine einzige bürgerliche Zeitung (weder Anzeiger noch Nachrichten noch Berliner Tageblatt!) auch nur mit einem Wort darüber berichtet, daß der Antrag in der kommunistischen Fassung angenommen wurde.

den die Arbeiter in den Betrieben den Kampf um vollen Lohnausgleich und 40-Stunden-Woche aufnehmen!

Der Leipziger Stadtrat hat die Freigabe des Augustplatzes für die Durchführung der SPD-Demonstration anlässlich des Parteitagges unterlagert. Die Leipziger Volkszeitung ist darüber sehr erbozt. Gleichseitig ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß nicht allein der Rat der Stadt Leipzig diesen unannehmlichen reaktionären Vorstoß durchzuführen bestimmt, sondern daß das Schied-Kabinett diesen Beschluß des Leipziger Rates vollstän-

Besonders interessant ist es, daß die Berliner Organisation die Einführung der Weidewirtschaft für alle offenen Arbeitsstellen fordert. Wogegen dann, daß die Berliner Arbeiterkammer, Klinker und Konstant diese Forderung nur zur Verhütung der oppositionellen SPD-Arbeiter aufstellen, während sie andererseits ihre Mitglieder. Sie wissen genau so gut wie wir, daß die Einführung der Weidewirtschaft durch gezielte Bekämpfung der jeweiligen Arbeitsminister festgestellt ist. Der Sozialdemokrat Wiesel war 21 Monate Arbeitsminister. Wiederholt wurde an ihn die Aufforderung gerichtet, von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Trotzdem hat er das ständig abgelehnt.

Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter auf das steigende Massendruck hinweisen und wenn sie jetzt die rigorosen Verschärfungen, die sowohl Wiesel, als auch mit Unterstützung der Sozialdemokraten die Brüningregierung in der Erwerbslosenversicherung vornehmen, hart am eigenen Leibe verspüren, so sei um die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommunistischen Forderungen zur Arbeitslosenversicherung besonders aufmerksam gemacht. Bei der Entscheidung 1931 forderte die kommunistische Reichstagsfraktion, daß die Verordnung über die Arbeitslosenversicherung dahingehend abgeändert werden soll, daß Arbeitslose, die die Verantwortung auf Arbeitslosenunterstützung nicht erheben, oder deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft ist, Arbeitslosenunterstützung ohne Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten. Damit sollten die Erwerbslosen vor dem Elend der öffentlichen Wohlfahrt bewahrt und auch den Gemeinden die untragbaren Kosten erleichtert werden. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Führer zu Fall gebracht.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter wird einsehen, daß diese Forderungen der Kommunisten den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechen und gestellt wurden, um der riesigen Not der Erwerbslosen entgegenzuwirken. Den sozialdemokratischen Führern war also ausreichende Möglichkeit gegeben, durch Zustimmung zu diesen Anträgen die Lage der Erwerbslosen zu erleichtern. Sie taten es nicht und konnten es nicht tun, weil die Durchführung dieser Forderungen den Wünschen der deutschen Kapitalisten entgegenstand und weil Staatspolitische Notwendigkeiten, d. h. unter Beweisstellung der Kooperationsfähigkeit der SPD mit dem Bürgertum dem Wohl und Wehe der Erwerbslosen vorzuziehen.

Heute schon kann gesagt werden, daß der SPD-Parteitag über diese Anträge mit einigen halbwegs vollen Worten hinweggehen wird. Die SPD-Arbeiter müssen aber daraus die notwendige Lehre ziehen, daß ihre Forderungen bei der SPD-Führerschaft kein Gehör finden und daß der Kampf um die Durchführung der Forderungen, wie das die Waldenburger Arbeiter fordern, nur in Gemeinschaft und unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD geführt werden kann.

Wieder Naziüberfall auf Arbeiter

Meineidsanzeige Frides gegen Hitler / Wendt enthüllt

Wuppertal, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Wuppertal kam es in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen Faschisten auf der einen und sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern auf der anderen Seite. Dabei gab es auf beiden Seiten mehrere Verletzte. In Rahmen überfielen eine Horde von 15 Nationalsozialisten 3 Reichsbannerleute. Ein Reichsbannermann wurde schwer verletzt. In Oberfeld provozierten Nationalsozialisten Zusammenstöße mit Mitgliedern des Kampfverbandes gegen den Faschismus. Die Nationalsozialisten waren durchweg bewaffnet. Ein Arbeiter wurde durch einen Messerstoß verletzt. Die Polizei nahm eine Reihe Verhaftungen vor. Nach dem Polizeibericht wurden bei einem Nationalsozialisten folgende Waffen gefunden: Eine geladene Pistole, eine Stehrakete, ein Gummischlauch, ein Holzknüttel, eine Keule und ein Schlagstein. Auch bei den anderen Nationalsozialisten wurden Messer, Gummiknüttel, Totschläger usw. gefunden.

Die Mitteilung, daß der Vertreter Frides, der Abgeordnete Wöhning, mit einem Vertreter des Papstes in Rom Verhandlungen getroffen hat, ist bekannt. Heute wird nämlich vom NS-Bericht, daß Wöhning vom Unterstaatssekretär des Papstes, Monsignore Wizzotto, empfangen wurde.

Der frühere Stummführer der KPD in Danzig, Wilhelm Fride, hat bei der Staatsanwaltschaft Berlin eine Anzeige gegen Hitler wegen Meineids eingereicht. Es handelt sich um Aussagen Frides im Prozess Stief.

Oberleutnant a. D. Wendt, der in Gollnow lebt und a. Stenness lebt, teilt mit, daß Dr. Meinhofen, die rechte Faschisten, ihm telefonisch am Tage der Stenness-Aktion militärisch die vollständige Gewalt. Die politische Zeitung wird ausschließlich. Falls Sie sich der revolutionären NS anschließen wollen, bitten wir Sie, das öffentlich zu erklären und Verbindungen mit dem Gaukammerführer Pultig, Stettin, zu suchen." Wendt Meinhofen hat ebenfalls mit Goebbels die Aktion angeordnet und dann verraten.

Berlin, Streikbruch, Arbeiterberug und Völkerverrat, ist die NSDAP wie sie lebt und leidet.

13 Nazi-Streikbrecher bei Kaufmann in Niederleditz

Der Streik der Metallplatten-Arbeiter bei Kaufmann Niederleditz, hat sich verhärtet. Unter dem Schutz von 13 NS-Kanonen sind 13 Nazi-Streikbrecher am Montag in die Fabrik gekommen. Eine ungeheure Empörung bewachte die Arbeiter. Aus Furcht übernahmen die Nazi-Streikbrecher in der Kantine und werden erst Sonnabend wieder von der Fabrik vertrieben. Verhärzt die Solidarität mit den Streikenden.

Wunsch des Kirchenregiments erfüllt!

Die katholische Zeitung vom Sonntag schreibt über den Vertrag der evangelischen Kirche mit dem Preußen-SPD-Block unter anderem:

„Der Vertrag stellt das bisherige Gewohnheitsrecht der evangelischen Kirchenbehörde, vor Belegung eines Pfarramtes den kirchlichen Behörden zu werden, in Artikel 11 für alle obersten kirchlichen Verwaltungsbehörden des preussischen Staatsgebietes sicher. Mit dieser Bestimmung ist der Wunsch des Kirchenregiments in vollem Umfang grundsätzlich erfüllt worden.“

„Auch von kirchlicher Seite ist anerkannt worden, daß der Staat sich bei der Belegung der Pfarren, die auf die einzelnen Landeskirchen verteilt, nicht allein auf die evangelische Kirche, sondern auch auf die katholische Kirche zu berücksichtigen hat. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die evangelische Kirche die Summe — bisher: 4 780 000, jetzt: 4 850 000 — nur die Zehntel des Staats für die kirchliche Verwaltung darstellt. Die auskömmlichen Leistungen des Staats liegen bei der evangelischen Kirche in der Höhe der Pfarren, die von dem Vertrag nicht berührt wird. Die evangelische Kirche hat der Staat auch die Rückzahlung der Pfarren für ein Jahr, also vom 1. April 1930 an, zugesichert.“

Ja, die SPD-Ministerpräsidenten Braun, Gumbel und anderen sind treue Diener der Kirche. Daran ist nicht zu zweifeln!

Barrikaden in Dombrowa

Warschau, 21. Mai. (Eig. Draht.)

Im Dombrowaer Revier sind sämtliche Gewerkschaften in den Streik getreten. Die Kräfte des Streiks sind sehr zahlreich. Am gestrigen Tage kam es zu brutalen Polizeigewalttaten auf streikende Arbeiter. Bei diesen Lieberläufen wurde die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch. Vier Arbeiter wurden verletzt und sieben schwer verletzt. Die Arbeiter errichteten Barrikaden, um sich gegen die Polizei zu verteidigen. In den letzten Abendstunden soll die Polizei imhinein geworfen und die ausgetragenen Streikenden zu vertreiben.

Kommunistischer Wahlsieg in England!

London, 21. Mai. (Eig. Draht.)

Bei den Kommunalwahlen in Dagenham und Gillingham am Sonntag im Unterhaus errangen die Kommunisten einen wichtigen Sieg. Während bei den letzten Wahlen nur 100 Stimmen entfielen, konnten bei den Kommunalwahlen der kommunistische Kandidat 5000 Stimmen für sich buchen.

Heute noch bestelle dein Kampforgan die Arbeiterstimme

Wichtiges Spanien-Meeting in Dresden

96 neue Parteimitglieder / Telegramm des BK der KPD an KP Spanien

Dresden, 21. Mai.

Gestern fand im Regierheim eine Solidaritätskundgebung der Dresdner revolutionären Arbeiterschaft für die spanische Revolution statt, in der ein spanischer und ein amerikanischer Arbeiterführer zu den erschienenen Massen sprachen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Versammelten, die Saal und Tribünen die zum Festen füllten, den Darlegungen des spanischen Kameraden, dessen Ausführungen überleitet wurden und der Rede des amerikanischen Mitkämpfers, der zum Teil in deutscher Sprache die Entwicklung der kommunistischen Partei in der USA zu einer Massenpartei schilderte. Die kühnen Aussagen für die ausländischen Genossen begeisterten sich, als Genosse Blau im Namen der KPD seinen Solidaritätsappell mit der Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft schloß, auch ihrerseits zu den kommenden großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu rufen. Der Vertreter der KPD, Genosse Schwammann, schloß darauf mit, daß sich zur Unterstützung des bevorstehenden Kampfes in der Weltindustrie bereits der Solidaritätsausschuß der Dresdner Arbeiterschaft und der westfälischen Mittelstände gebildet habe. Den Höhepunkt erreichte die Kundgebung bei der Ansprache eines Vertreters von 96 neugeworbenen Mitgliedern der kommunistischen Partei.

Glänzende Begrüßung sprach aus, als der spanische und amerikanische Genosse den deutschen Kommunisten die Hände zum Zeichen der Solidarität des Vorkämpfers aller Länder reichten. Der gemeinsame Kampf der Internationalen Kampfbünde der Arbeiter der europäischen Revolution.

Vor Stellplätzen der Kundgebung hatte ein großer Demonstrationsszug die ausländischen Genossen empfangen. Unter Begeisterung einer Musikkapelle und begleitet durch zahlreiche Transparente mit Kampfparolen durchzog er die Straßen der Altstadt. Provozierende Nazis, die mit einem Auto in die Demonstration hineinfuhren, wurden von der Polizei vor den empörrten Arbeitern gestoppt.

In der Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. Mai wurde ein Telegramm an die spanische Bruderpartei angenommen, in dem es heißt:

Die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter Deutschlands haben sich brüderlich verbunden mit einem Kampf gegen das Regime Francos, das die spanische Revolution im Blut der Arbeiter erstickt will. Das Zentralkomitee der KPD erinnert die Arbeiter und Bauern Spaniens an die mit dem Blut von vielen Tausenden deutscher Arbeiter besetzten bitteren Erfahrungen der deutschen Revolution. Der Weg der spanischen Sozialdemokratie ist der schamlose Weg Kautskys und der deutschen Sozialdemokratie; mit bewährlichen Lügen, daß der „Sozialismus marschiert“, die revolutionären Arbeiter niederzuschlagen und der tödlichen Kapitalistischen und imperialistischen Reaktion, letztendlich wieder die unerschütterliche Macht zur Vollstreckung zu liefern.

Nur eine entschlossene und tapfere Massenpartei und Massenarbeit der kommunistischen Partei kann die spanische Arbeiter und Bauern auf dem Wege der Volksrevolution befreit darstellen!

Nur die kommunistische Partei kann die sozialen und nationalen Freiheitsforderungen aller Werktätigen Spaniens verwirklichen!

Landeskommentar veröffentlicht, ist ein weiterer Beweis dafür, daß das Nazi-Regime in die Weltfront eingeschwenkt ist. Damit ist nicht nur die Volkszeitung, sondern auch der oberschlesische Bezirksvorstand, die Edel und Wedel, gekennzeichnet.

Die kommunistische Partei wird das verheerendste Spiel der sozialistischen Führer und den Versuch des erneuten Betrugs an den SPD-Arbeitern zu durchkreuzen wollen!

Fliesenlegerstreit in Gachsen

Unter Vorbehalt des Amtsgerichts Dr. Kolcher wurde Dienstag ein Schlichtungsversuch von 13 Prozent Lohnraub gegen die Fliesenleger geführt. Wittmoß trat die Fliesenleger geschlossen in den Streit.

Im Telegraphen-Jungamt in Berlin-Tempelhof wurden in der Zentrale abgegeben, KPD 192 Stimmen (1938 176), KPD 145 Stimmen (1938 229) DFG 9 (1938 16), KPD im Bezirk 15 (1938 18), SPD und Nazis verloren, aber die KPD gewann.